

NACHRICHTEN

Andere Fahrzeugzulassung gefordert

Nationalrätin Christine Badertscher (Grüne, BE) will die Fahrzeugzulassung für Nutztiertransporte ändern. In einer Motion fordert sie den Bundesrat auf, die gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, damit Strassenfahrzeugzulassung für Nutztiere bei ihrer Zulassung und bei den späteren periodischen Kontrollen auch auf die Vorgaben der Tierchutzgesetzgebung überprüft werden. Die Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge enthalte nur ganz wenige spezifische Vorschriften für Tiertransporter. Gemäss Badertscher hinterlässt diese Regelung den Eindruck, dass der Schutz der Tiere weniger wichtig ist als der Schutz der übrigen Verkehrsteilnehmer. Die Motion wurde im Nationalrat noch nicht behandelt. *rup*

Oberösterreich will Rübenanbau fördern

Die in den letzten Jahren verstärkt auftretenden Trockenphasen samt Schädlingsbefall machen den Rübenanbau im Osten Österreichs für viele Betriebe unrentabel, wie aiz.info schreibt. Weil immer weniger Rüben angebaut werden, hatte die Agrarausgewerkschaft angekündigt, eine der beiden Fabriken zu schliessen. Mit dem «Pakt zur Rettung des einheimischen Zuckers» sollen eine Wiederanbaupremie eingeführt und die Forschung intensiviert werden. Der oberösterreichische Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger ruft nun alle Bauern mit geeigneten Flächen dazu auf, über die Aufnahme des Zuckerrübenanbaus nachzudenken. Viele Standorte in seinem Bundesland seien für den Zuckerrübenanbau sehr gut geeignet, diese Kultur sei insbesondere auch für Neueinsteiger interessant. *lid*

Klimastreikende mit CO₂-Referendum

Klimastreik Schweiz ist unzufrieden mit dem neuen CO₂-Gesetz. In einer Mitteilung kritisieren sie den «fehlenden Aspekt der Klimagerechtigkeit». Mit dem Gesetz werde das Nettoziel bis 2030 und das Reduktionsziel des Pariser Klimaabkommens verfehlt. Die Massnahmen seien zudem unwirksam und die Mittel oft sozial ungerecht. Uneinig sind sich die Klimastreikenden offenbar darüber, ob ein Referendum ergriffen werden soll. Die Regionalabgeordnete Waadt, Neuenburg, Jura, Genf und Wallis wollen das Referendum lancieren. Auf nationaler Ebene wird dies jedoch nicht getan. *rup*

EFSA warnt vor Vogelgrippe

Die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) warnt vor Ausbrüchen der Vogelgrippe. Grund dafür sind Fälle bei Wild- und Hausvögeln in Westrussland und Kasachstan, wo Wasservögel auf ihrem Weg nach Europa durchziehen. Gemäss EFSA sind Ost- und Nordeuropa am stärksten gefährdet. Denn als in den Sommern 2005 und 2016 in denselben russischen Gebieten die Vogelgrippe ausgebrochen war, wurden später diese Regionen getroffen. Eine spätere Ausbreitung in West- und Südeuropa sei ebenfalls möglich. Die EFSA empfiehlt den Ländern, Massnahmen zu ergreifen, um Verdachtsfälle sofort zu erkennen sowie die Biosicherheitsmassnahmen in Geflügelbetrieben zu erhöhen. *lid*

SAATGUT: Um an zukunftsfähiges Saatgut zu kommen, gab es auf dem Podium unterschiedliche Ansichten

Uneinigkeit beim Thema Saatgut

Die Vorstellungen der Diskutanten an der Podiumsdiskussion «Saatgut für die Zukunft» lagen weit auseinander. Eine einfache Antwort darauf, wie man den zukünftigen Anforderungen an Saatgut begegnet, gab es nicht

MONIKA GERLACH

Eva Gelinsky machte in ihrem Eröffnungsbeitrag zum Podium «Saatgut für die Zukunft» in Zürich vor zirka 100 Personen ihre Position zum Thema Saatgut deutlich. Eingeladen hatte der Verein «Agrarinfo», Hans Bieri von der Schweizer Vereinigung für Industrie und Landwirtschaft (SVIL) moderierte die Veranstaltung. Gelinsky machte auf einen grundlegenden Widerspruch zwischen den ökonomischen Erfordernissen, die der Internationalisierung der Wirtschaft zugrunde liegen, und auf der anderen Seite dem Bedürfnis orientierten Verlangens nach einer nachhaltigen Ernährung, aufmerksam. In der Politik gibt es Bewegung und Motionen, die mehr Geld für die Züchtung und Entwicklung sowie die Agrarforschung insgesamt fordern. Bei den Bündeln an Problemen, welche auf die Landwirtschaft zukommen, ist es sehr sinnvoll, eine eigene Züchtung zu haben und Geld in die Hand zu nehmen. Heute gibt die Schweiz jährlich 10 Millionen Franken öffentliche Gelder für die Pflanzenzüchtung aus. Der öffentliche Anteil liegt bei 40%, der private bei 60%. Gelinsky sieht die logische Konsequenz in der derzeitigen Agrarpolitik, dass die Saatgutversorgung primär «dem Markt» überlassen wird.



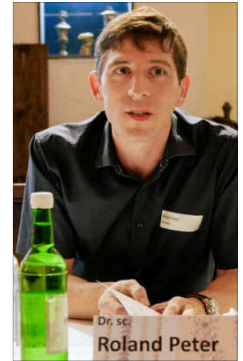
Eva Gelinsky. (Bilder: mge)



Amadeus Zschunke.



Karl-Heinz Camp.



Roland Peter.

POPULATIONSZUCHT

Eva Gelinsky ist Agronomin und politische Koordinatorin für gentechnikfreie Saatgutarbeit. Im erprobten Umfeld der Züchtung sei in den letzten Jahren nicht mehr viel passiert, denn man habe sich zu stark auf neue Technologien verlassen. Laut Gelinsky habe die Populationszucht ein grosses Potenzial. Ihr Hauptkritikpunkt an Crispr/Cas sei, dass dieses Verfahren durch Patente geschützt und die Technik beschränkt ist. Trotzdem sei es ein grosser, mit Risiken behafteter Eingriff. Sie fordert eine Risikoforschung und dass das gesamte Geld, welches jetzt in die neue Technologie fliesst, gestreut und reguliert wird. Die «kleine» Schweiz könne sich mit gentechnikfreier Zucht profilieren und dürfe den Markt nicht den multinationalen Konzernen überlassen. Aber der Druck sei massiv. *mge*

NACHHALTIGE ZUCHT

Amadeus Zschunke ist Geschäftsführer der Sativa Rheinau AG. Sie züchtet seit 22 Jahren nur Bio-Saatgut. Mit ihrer Zucht füllen sie eine Lücke, welche die konventionelle Zucht nicht abdecken könne. Das System sei nachhaltiger, denn es berücksichtige den Umweltfaktor stärker, müsse aber auch produktiv sein. Die private Züchtung müsse sich aus den Sorten, die verkauft werden, rückfinanzieren können. Der Staat könnte allerdings an private Züchter finanzielle Unterstützung leisten, um Akzente z.B. auf Nachhaltigkeit zu setzen. Mehr Mittel würden nicht nur eine Intensivierung der Zucht erlauben, sondern auch, dass man Nischen bearbeite, was für eine vielseitige Schweizer Landwirtschaft sehr wichtig wäre. Die Erkenntnis des langfristigen Denkens sei angekommen. *mge*

INTERNATIONAL

ETH-Agronom Karl-Heinz Camp leitet bei der Delley Samen und Pflanzen AG (DSP) die Geschäftsbereiche Getreide, Mais und Soja. Traditionell arbeite man mit 1300 Saatgutproduzenten in der Schweiz zusammen und verfolge die Zuchtziele, welche die Landwirtschaftspolitik vorgibt, umzusetzen. Die Sortenvielfalt sei sehr hoch. Er ist der Meinung, dass man sich den neuen Technologien nicht verschliessen sollte. Er sieht sie als Werkzeuge, welche auch in der Humanmedizin genutzt werden. In der Ökologie gäbe es Sprungstellen, welche die Dringlichkeit in der Zucht beeinflussen. Der Klimawandel beschleunige diesen Prozess. Plötzlich tauchten Zikaden auf, die erhebliche Schäden anrichteten. Solche Probleme müsse man international lösen und zusammenarbeiten. *mge*

CRISPR/CAS

Roland Peter leitet bei Agroscope den strategischen Forschungsbereich Pflanzenzüchtung. Die öffentliche Züchtung sei angehalten, dort, wo der Markt versagt, Lösungen zu erarbeiten, welche in die Schweizer Landwirtschaft passen. Damit die Züchtung zielgerichtet und schnell reagieren könne, komme die Gentechnologie zum Einsatz. Es gehe um finanzielle Mittel, aber auch um die Rahmenbedingungen, die manchmal viel einflussreicher seien. Die Schweiz sei im internationalen Vergleich nicht weit vorn. Heute hätten die Züchter Möglichkeiten, um schneller reagieren zu können. Hier komme aber die gesellschaftliche Frage hoch: «Wie weit möchten wir gehen?» Eine Populationszucht mit vielen Zuchtkriterien bedeute auch immer einen grossen Effort. *mge*

CO₂-GESETZ: Viele Landwirte könnten von den CO₂-Abgaben überdurchschnittlich profitieren

Potenziale, die das neue CO₂-Gesetz bietet

Das neue CO₂-Gesetz bringt nicht nur höhere Treibstoffpreise mit sich, sondern auch neue Möglichkeiten für Landwirte.

ADRIAN HALDIMANN

Das neue CO₂-Gesetz ist seit vergangener Woche im Parlament unter Dach und Fach, mit folgendem Ziel: weg von fossilen, hin zu erneuerbaren Energien. Es wird unter anderem dafür sorgen, dass die Treibstoffpreise um 10 bis zu 12 Rappen ansteigen werden, woran insbesondere die ländliche Bevölkerung keine Freude hat. Für einen durchschnittlichen Landwirtschaftsbetrieb, der im Jahr 4000 Liter Diesel verbraucht, bedeutet dies Mehrkosten von 400 bis 500 Fr. pro Jahr. «Diese Kosten belasten die einzelnen Betriebe. Im Gesetz gibt es aber auch positive Punkte», stellt Hannah Hofer, Leiterin Energie und Umwelt beim Schweizer Bauernverband (SBV), fest. Die Vor- und Nachteile des CO₂-Gesetzes werden nun vom SBV eingehend geprüft.

Potenzial des Bodens

Die Gelder aus den höheren Treibstoffpreisen sollen für die CO₂-Kompensation eingesetzt werden. Das geht wie folgt: CO₂-Emissionen können an einer anderen Stelle, an einem anderen Ort auf der Erde, ausgeglichen werden. Mit den höhe-



Das neue CO₂-Gesetz sieht vor, nicht nur Wald, sondern auch landwirtschaftliche Nutzflächen als CO₂-Senken anzurechnen. (Bild: Franziska Widmer)

ren Abgaben ergeben sich neue Potenziale in der Landwirtschaft. Im neuen CO₂-Gesetz sollen nämlich auch Böden als CO₂-Senken aufgenommen werden. Hofer bestätigt: «Bisher galt nur der Wald als CO₂-Senke. Dass mit dem neuen CO₂-Gesetz auch Böden als CO₂-Senken aufgenommen werden dürften, ist für die Landwirtschaft erfreulich.» Was dies in der Umsetzung des CO₂-Gesetzes genau bedeute, sei noch unklar.

Hofer sagt, dass die Landwirtschaft von den Kompensationsgeldern profitieren könne. Als Beispiel nennt sie ein Projekt, in dem Düngemittel mit Nitrat-hemmenden Wirkstoffen entwickelt werden, die ohne Kom-

pensationsgelder für den Landwirt teurer zu stehen kommen würden. Nebst bestehenden Förderprogrammen wie Biogasanlagen sind auch weitere Projekte wie Futtermittelzusätze für Milchkuhe zur Methanreduktion im Rahmen dieser Klimakompensationen geplant.

Holz und Technologien

Jährlich sollen maximal 450 Mio. Franken aus dem milliardenschweren Klimafonds, der aus CO₂-Abgaben auf fossile Brennstoffe finanziert wird (siehe Kasten) das Gebäudesanierungsprogramm der Kantone unterstützen. Laut Hofer können auch Landwirte weiterhin davon profitieren, wenn sie ihre Heizungen erneuern oder ener-

getische Sanierungen von Wohngebäuden vornehmen. Hofer betont: «Weil viele Landwirte mit Holz heizen, erhalten sie mit jährlich 60 bis 75 Franken pro Person aus der CO₂-Abgabe mehr zurückerstattet als dass sie Abgaben bezahlen müssen.»

Weil der Einbau neuer Ölheizungen spätestens ab 2026 erschwert wird, dürfte dies alternativen Heizungen Auftrieb geben. Hofer ist überzeugt: «Die Nachfrage nach Fernwärmeverbänden und Pelletheizungen wird steigen, weil diese im Vergleich zu Ölheizungen preislich wettbewerbsfähiger werden.»

Gefragter Ökostrom

Die Nachfrage nach Strom wird weiter ansteigen, nicht zu-

KLIMAFONDS

In den beschlossenen Klimafonds soll ein Drittel des Ertrags aus der CO₂-Abgabe (Abgabe aus Brennstoffen usw.) und knapp die Hälfte aus der Flugticketabgabe fließen. Der Klimafonds könnte jährlich auf Einnahmen von über 1,2 Mrd. Franken kommen. Damit sollen alle erneuerbaren Technologien berücksichtigt werden. Jenen Teil der Abgaben, der nicht für den Klimafonds verwendet wird, erhalten die Bevölkerung (via Krankenkasse) und die Wirtschaft zurückerstattet. *hal*

letzt deshalb, weil immer mehr Elektroautos in den Einsatz kommen. Das wird auch der Ökostromproduktion zugute kommen. Der Nationalrat will mittels parlamentarischer Initiative erreichen, dass sich künftig auch grosse Fotovoltaikanlagen lohnen.

Laut Hofer ist das Ziel, dass bis 60 Prozent der Investitionskosten in eine Fotovoltaikanlage subventioniert werden, wenn der Landwirt im Gegenzug die gesamte Energieproduktion ins Netz einspeist. Hofer: «Das kann eine Chance für dezentrale Landwirtschaftsbetriebe darstellen, für die ein Zusammenschluss zum Eigenverbrauch mit Nachbarn nicht möglich ist.»